



Doctors for Choice Germany e.V.
Sigmaringer Str. 1, 10713 Berlin
E-Mail: info@doctorsforchoice.de
www.doctorsforchoice.de

Christian Lindner, FDP
Abgeordnetenbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Anfrage: Ihre Position zum Schwangerschaftsabbruch

Sehr geehrter Christian Lindner,

Doctors for Choice Germany e.V. ist ein 2019 gegründetes deutschlandweites Netzwerk von Ärzt*innen und Menschen aus anderen Gesundheitsberufen, die sich für die Verbesserung der Versorgungssituation von ungewollt Schwangeren einsetzen. Wir sind Expert*innen im Bereich des Schwangerschaftsabbruchs und viele unsere Mitglieder nehmen unmittelbar an der Versorgung teil.

Wir schreiben Ihnen heute in Ihrer Funktion als Vorsitzender und Spitzenkandidat der FDP. Wir möchten Ihnen – angesichts der bevorstehenden Bundestagswahl – gerne folgende Fragen zum Schwangerschaftsabbruch stellen. Wir stellen diese Fragen jeweils drei Politiker*innen der Parteien CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke sowie AfD.

Wir werden Ihre Antwort auf unserer Webseite und über unsere Kanäle am Montag, den 21.06.2021 veröffentlichen, damit sich die Bürger*innen ein Bild über Ihre Position und die Position Ihrer Partei machen können. Wir bitten Sie also bis dahin, unsere Fragen zu beantworten. Ansonsten setzen wir bei der Veröffentlichung den Vermerk „keine Antwort erhalten“ unter Ihre Person.

1. Sollte eine Person Ihrer Meinung nach ohne Einmischung des Staates selbst entscheiden können, ob sie eine Schwangerschaft austrägt oder beendet?

- Ja
- Nein

2. Sind Sie für die Streichung des Paragraph 218 StGB?

- Ja
- Nein

3. Sind Sie für die Streichung des Paragraph 219a StGB?

- Ja
- Nein

4. Sind Sie dafür, dass Schwangerschaftsabbrüche durch die Krankenkassen übernommen werden?

- Ja
- Nein

5. Sind Sie dafür, dass Verhütungsmittel durch die Krankenkassen übernommen werden?

- Ja
- Nein

6. Es gibt immer weniger Stellen (Praxen und Kliniken), die noch Schwangerschaftsabbrüche durchführen – welche Schritte plant Ihre Partei, um die Versorgungslage in Deutschland zukünftig sicherzustellen?

Kommentar:

“Wenn sich eine Schwangere selbstbestimmt gegen eine Fortführung der Schwangerschaft entscheidet und die in Einklang mit verfassungsrechtlichen Vorgaben geschaffenen Voraussetzungen des § 218a StGB für einen straffreien Abbruch erfüllt, muss für sie auch ein Zugang dazu bestehen. Um in der Fläche ein ausreichendes Angebot zur Verfügung stellen zu können, ist es notwendig, die Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen besser als bisher bereits in die medizinische Ausbildung zu integrieren. Wenn das nötige Fachwissen auf Seiten der Ärztinnen und Ärzte gegeben ist, muss die Politik auch die ärztliche Bereitschaft zur Durchführung unterstützen. Dafür ist § 219a StGB zu streichen, der einer sachlichen Informationsaufbereitung durch Ärztinnen und Ärzte weiterhin im Wege steht und Letzteren damit suggeriert, ihr Engagement finde in einer Grauzone statt.”

Vielen Dank für die Beantwortung dieser Fragen.

Herzliche Grüße

Ihre Doctors for Choice Germany e.V.